

Quelle Frankfurter Rundschau vom 12. 12. 2008
Seite 17
Ressort Wirtschaft
Rubrik S
Autor VON MARKUS SIEVERS |

Krise muss keine Stellen kosten

IG Metall schlägt Konjunkturpaket und Zwangsanleihe bei Reichen vor

BERLIN. Auch in der Wirtschaftskrise lässt sich nach Einschätzung der IG Metall die Beschäftigung sichern. Dafür schlägt die Gewerkschaft ein Konjunkturprogramm mit einer Zwangsanleihe in Milliardenhöhe vor. Außerdem sollten die Unternehmen alle tarif- und arbeitsmarktpolitischen Spielräume nutzen, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden - etwa durch Kurzarbeit, Reduzierung der Wochenarbeitszeit oder Arbeitszeitkonten.

Der Sieben-Punkte-Plan sieht einen staatlichen Investitionsfonds Arbeitsbildung-Umwelt von 100 Milliarden Euro vor, aus dem in einem Zeitraum von drei bis vier Jahren Kredite an Kommunen, Länder und Unternehmen finanziert werden sollten.

Der Betrag soll der IG Metall zufolge durch eine Anleihe hereinkommen, zu der alle Vermögenden mit einem Geld- und Immobilienbesitz von mehr als 750 000 Euro verpflichtet würden und für die sie eine Entschädigung in Höhe des Zinssatzes der Europäischen Zentralbank bekämen.

Abwrackprämie für Alt-Autos

Zur Ankurbelung der Nachfrage fordert die größte deutsche Einzelgewerkschaft eine Abwrackprämie von 3000 Euro für

jedes über zehn Jahre alte Auto. Das Geld sollte jeder erhalten, der das Fahrzeug bis Ende 2009 verschrotten lässt. Die Kosten für den Staat beziffert die IG Metall auf drei Milliarden Euro, wobei zwei Milliarden durch höhere Mehrwertsteuereinnahmen hereinkämen.

Auch für Konsumschecks macht sich die Gewerkschaft stark. Sie denkt an eine Summe von 250 Euro für jeden Erwachsenen und jedes Kind mit einem monatlichen Einkommen unter 3675 Euro (Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung) einen Anspruch hätten.

Scharfe Kritik übt die Gewerkschaft an den Banken, die ihrer gesellschaftlichen Aufgabe in der Krise nicht nachkämen. Den Rettungsschirm der Bundesregierung nutzten sie ausschließlich dazu, ihre Eigenkapitalbasis zu stärken und ihre Gewinne zu sichern, aber nicht um den Unternehmen der Realwirtschaft Kredite zu gewähren. Daher müsse die Regierung die Geldinstitute dazu verpflichten.

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall begrüßte den Appell, alle Instrumente der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik zu nutzen, um Entlassungen zu umgehen. Dafür müssten die Betriebsräte bei der Umsetzung der Flexibilisierungsmöglichkeiten mitspielen. In die Banken-

schelte stimmte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser ein. "Der Bankensektor muss die gespannten Schutzschirme nicht nur zur Sanierung der eigenen Bilanzen verwenden, sondern auch, um die reale Wirtschaft zu unterstützen", sagte er dem Online-Portal stern.de. Ähnlich äußerte sich Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt.

Lange Rezession ~ Ifo-Institut Die Tal-fahrt wird nach Ifo-Einschätzung in Deutschland lang anhalten. 2009 werde die Wirtschaft um 2,2 Prozent schrumpfen und 2010 noch einmal um 0,2 Prozent. Dies werde zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 3,3 Millionen im Jahresdurchschnitt 2008 auf knapp vier Millionen in 2009 führen. Europäische Zentralbank Auf eine lange Flaute stellt sich nun auch die Europäische Zentralbank ein. Die globale Wirtschaftsschwäche und die "sehr verhaltene Binnennachfrage" würden in den nächsten Quartalen anhalten, heißt es im Monatsbericht.